US-Strategen diskutieren Atomschläge: Stoppt den Kriegswahn der Epstein-Klasse!

Am 18. August veröffentlichte US-Präsident Donald Trump eine Karte der Straße von Hormus und schrieb dazu: „Neues US-Territorium". Am selben Tag verkündete er, daß „keine Gespräche oder Verhandlungen mit der Islamischen Republik Iran stattfinden oder geplant sind" - obwohl er wochenlang das Gegenteil behauptet hatte. Zudem behauptete er erneut steif und fest, die Straße von Hormus sei „offen und befahrbar", obwohl die Fakten das Gegenteil beweisen. Und als er nach Omans Vorhaben gefragt wurde, die Wasserstraße gemeinsam mit Teheran zu verwalten - wie es die von ihm selbst unterschriebene Absichtserklärung vorsieht -, antwortete er: „Wenn sich Oman uns in den Weg stellt, werden wir das Land in Grund und Boden bombardieren."

So redet und handelt kein Präsident, der die Dinge unter Kontrolle hat, sondern ein Mensch, der unter gefährlichen Wahnvorstellungen leidet. Leider liegt jetzt gerade in dieser Verzweiflung die größte Gefahr.

Das Versagen der Trump-Regierung ist so gravierend und der Schaden an den US-Stützpunkten in der Region durch Irans Gegenangriffe ist so groß, daß das Pentagon einen vollständigen Rückzug aus dem Persischen Golf erwägt - ein „beispielloser" Kurswechsel, wie es in der *Washington Post* hieß. Der riesige Stützpunkt der 5. US-Flotte in Bahrain ist weitgehend zerstört und unbenutzbar. Die US-Kriegsschiffe waren gezwungen, die 3500 km lange Fahrt nach Diego Garcia mitten im Indischen Ozean zu unternehmen, um sich dort wieder zu versorgen. Die Krisen an Bord der Vorzeige-Flugzeugträger „Abraham Lincoln" und „Gerald Ford" machten weithin Schlagzeilen. Zuletzt wurde berichtet, daß der Lenkwaffenzerstörer „USS Benfold" Ende Juli vier Tage lang ohne Energieversorgung war und manövrierunfähig im Südchinesischen Meer herumtrieb - der zweite derartige Ausfall in der Pazifikflotte in diesem Jahr.

Es gibt immer mehr Berichte darüber, daß die Golfstaaten über Washingtons orientierungslose Politik in der Region frustriert sind und ernsthaft darüber nachdenken, ob es sinnvoll ist, weiterhin große US-Militärstützpunkte auf ihrem Territorium zu beherbergen. Das Anfang August geschlossene Verteidigungsbündnis zwischen Saudi-Arabien, der Türkei und Pakistan sei „ein Signal an die USA", zitierte die *Washington Post* einen hochrangigen europäischen Politiker. Oder, wie der türkische Außenminister in Bezug auf dieses Abkommen sagte: „Externe Großmächte, die in die Region kommen, lösen die Probleme nicht, sondern verschärfen sie." Stattdessen „müssen wir das gemeinsam mit den Ländern der Region aufbauen". Er verwies sogar auf die Notwendigkeit einer neuen „Sicherheits- und Wirtschaftsarchitektur".

Taylor Greene warnt vor Atomwaffeneinsatz

Vor diesem Hintergrund ist die Aussage der ehemaligen Kongreßabgeordneten Marjorie Taylor Greene am 18. August, daß Mitglieder der Trump-Regierung ernsthaft „über den Einsatz von Atomwaffen gegen den Iran diskutieren", besonders brisant. Sie sorgte für heftige Aufregung, als sie auf *X* schrieb, wenn sie behaupte, Präsident Trump erwäge Atomschläge gegen den Iran, dann sei das keine Spekulation. In einem Beitrag, der über fünf Millionen Aufrufe hatte, schrieb sie: „In Strategiesitzungen wird über den Einsatz von Atomwaffen gegen den Iran diskutiert. Ja, Sie haben richtig gelesen. Es ist wahr. Ich spekuliere nicht, ich weiß es. Und es ist das pure Böse."

Der Sprecher des Weißen Hauses, Davis Ingle, reagierte beleidigt und sagte USA Today: „Marjorie ‚Versagerin' Greene hat keine Ahnung, wovon sie spricht… Sie ist völlig außen vor und sollte aufhören, Fake News zu verbreiten."

Tatsächlich hatte der Unterstaatssekretär für Verteidigungspolitik, Elbridge Colby, am 5. August auf dem „Abschreckungssymposium" (Deterrence Symposium) des für die Kernwaffen zuständigen Strategischen Kommandos erklärt, die USA prüften derzeit neue Strategien für den Einsatz von Atomwaffen. Ziel sei es, dem Präsidenten „glaubwürdige nukleare Optionen" an die Hand zu geben. Gemeint sind damit mögliche Einsätze „taktischer" Atomwaffen.

Trumps Regierung ist nicht gerade für Ehrlichkeit bekannt, aber anstatt über Eventualitäten zu spekulieren, sollte sich angesichts der enormen Zerstörungskraft von Atomwaffen jeder dafür einsetzen, daß niemals eine Atomwaffe zum Einsatz kommt - weder im Iran noch irgendwo anders.

Die Epstein-Klasse drängt auf Atomkrieg

Betrachtet man den Verlauf der Geschichte seit dem Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki 1945 - der wohl eher der Einschüchterung Rußlands diente als der Niederlage des bereits besiegten Japan -, so hat sich die Welt, von einigen kurzen Ausnahmen abgesehen, immer weiter auf einen Atomkrieg hin bewegt.

General a.D. Harald Kujat, der vor zwei Jahrzehn-

ten Vorsitzender des NATO-Militärausschusses war, hat einmal betont, die große Angst der Sowjetunion - heute der Russischen Föderation - sei die vor einer „umgekehrten Kubakrise“. Schlimmer noch, die russische Führung weiß, daß der britische Premierminister Winston Churchill schon vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs ernsthaft einen nuklearen Erstschlag gegen die Sowjetunion in Erwägung zog.

Die Gefahr für die Welt hat möglicherweise einen der extremsten Punkte in der jüngeren Geschichte erreicht. Das liegt nicht nur an der Unberechenbarkeit der Trump-Regierung - so erschreckend diese auch sein mag -, sondern auch an der offiziellen Politik des anglo-amerikanischen Establishments seit dem Ende des Kalten Krieges, nämlich eine weltweite Vorherrschaft, die kompromißlos und gegebenenfalls gewaltsam durchgesetzt wird. Implizit wird mit der Vernichtung jeder Nation oder Gruppe von Nationen gedroht, die es wagt, diese Vorherrschaft infrage zu stellen.

Der Marsch in einen Atomkrieg mit Rußland wurde und wird von den Milliardären der Epstein-Klasse vorangetrieben, die hinter allen US-Regierungen der letzten Jahrzehnte standen, von Barack Obama bis hin zu Donald Trumps zweiter Amtszeit jetzt. Auch wenn die Trump-Regierung eine der inkompetentesten aller Zeiten sein mag, wird sie dennoch von denselben anglo-amerikanischen imperialistischen Kreisen angestachelt, die seit Jahrzehnten die Fäden in der Hand halten.

Heute steht noch mehr auf dem Spiel, weil die Spekulationsblase dieser Klasse, mehrere Billiarden Dollar heiße Luft, sich endgültig ihrem Ende nähert. Wer nichts dabei findet, Kinder zu vergewaltigen (wie Epsteins Freunde) oder aus nächster Nähe zu erschießen (wie Israels Streitkräfte), der wird auch vor dem Einsatz einer Atomwaffe nicht zurückschrecken. Dabei werden zwei Ziele verfolgt, die sich bestens ergänzen: 1. die Weltbevölkerung zu reduzieren, 2. ihre monetaristische Finanzdiktatur aufrechtzuerhalten.

Das ist völliger Wahnsinn und muß sofort gestoppt werden. Wie Helga Zepp-LaRouche am 17. August in einer Diskussion mit Mitarbeitern warnte: „Wir müssen einen umfassenden Appell an die Welt richten. Den müssen wir so überzeugend machen, daß er international in alle Medien vordringt. Wir brauchen einen Durchbruch in den Medien des Globalen Südens, um die Weltöffentlichkeit zu erreichen, damit sie weiß, wo wir stehen: daß wir im Begriff sind, die gesamte Zivilisation zu verlieren.“

Das ist die dringendste Aufgabe, die vor uns liegt.

Die „Erwachsenen im Raum“
müssen ihre Stimme erheben

Das große Problem für die Epstein-Milliardärsklasse ist, daß Menschen keine Tiere sind. Wie Friedrich Schiller, der große Dichter der Freiheit, im Wilhelm Tell sagt: „Eine Grenze hat Tyrannenmacht.“ Milliarden Menschen in den Staaten der BRICS-plus, der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit und der Organisation für Afrikanische Einheit - um nur einige zu nennen - wollen die alte Kolonialordnung für immer beenden. Sie glauben nicht an „Macht schafft Recht“.

China hat mehr als 800 Millionen Menschen aus der Armut befreit, und Indien feierte am 15. August 79 Jahre Unabhängigkeit vom Britischen Empire.

Um das thermonukleare Armageddon zu verhindern, müssen die westlichen Länder erkennen, daß sie eine Zukunft nur gemeinsam mit der übrigen Menschheit, mit der Globalen Mehrheit haben.

Am 19. August wurde ein neuer Offener Brief an Papst Leo veröffentlicht - unterzeichnet von prominenten Friedensaktivisten, führenden Politikern, Militäranalysten und anderen -, in dem der Papst gebeten wird, eine internationale Friedens-Sonderkonferenz einzuberufen. Es ist ein sehr glücklicher Umstand, daß das Oberhaupt der katholischen Kirche 1. aus den Vereinigten Staaten stammt und 2. mit den Schriften des Nikolaus von Kues gut vertraut ist.

Die Gründerin des Schiller-Instituts, Helga Zepp-LaRouche, hat vor mehr als drei Jahren die Internationale Friedenskoalition (IFK) ins Leben gerufen, die, wie die ehemalige südafrikanische Außenministerin Naledi Pandor sagte, zu einem wichtigen Treffpunkt für die „Erwachsenen im Raum“ geworden ist.

Der Kongreßkandidat Jose Vega von der amerikanischen LaRouche-Bewegung führt einen entschlossenen politischen Kampf gegen die Epstein-Elite, indem er gegen einen ihrer typischen Vertreter, den Abgeordneten Richie Torres aus der Bronx in New York City, antritt. Die unabhängige US-Präsidentschaftskandidatin Diane Sare, eine langjährige politische Weggefährtin Lyndon LaRouches, ist zur Sprecherin einer alternativen US-Politik geworden, was sich u.a. daran zeigt, daß die russische Nachrichtenagentur TASS ein Interview mit ihr führte, das international Aufmerksamkeit erregt hat.

Seien Sie kein Zaungast: Schließen Sie sich uns an und unterstützen Sie unsere Arbeit!

Besuchen Sie uns
auf bueso.de:

Herausgegeben vom Bundesvorstand der Bürgerrechtsbewegung Solidarität, Postfach 424152, D-12083 Berlin, E-Mail: info@bueso.de
V.i.S.d.P. Alexander Hartmann, c/o BüSo, Postfach 424152, 12083 Berlin, Tel. 030-8023405
Eigendruck im Selbstverlag, September 2026